

Versmold, den 06.02.2000

**Die Fraktion**  
**Bündnis '90 / DIE GRÜNEN**

**Hans Kahre**  
**Steinackerstr. 5**  
**33775 Versmold**  
**Tel. 05423 3402**

**Herrn Bürgermeister**  
**Holtkamp**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

die Fraktion BÜNDNIS '90 / DIE GRÜNEN bittet um die Aufnahme des folgenden Antrages in die Tagesordnung des nächsten Haupt- und Finanzausschusses.

**Die Fraktion beantragt, dem Fraktionsvorsitzenden sämtliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die die Arbeit im Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH betreffen. Dazu gehören insbesondere die Vorlagen und Protokolle zu den einzelnen Sitzungen, die Zwischenberichte sowie die Prüfungs- und Wirtschaftsberichte.**

**Begründung:**

Bei der Neubesetzung des Aufsichtsrates der Krankenhaus GmbH nach der Kommunalwahl im Oktober 1999 wurde der GRÜNEN Fraktion kein Sitz eingeräumt. Auf Grund des zu geringen Stimmenanteils bei der Kommunalwahl ist dies nachzuvollziehen, allerdings steht dem ein einstimmiger Beschluss des Aufsichtsrates vom 23.01.1996 entgegen, in dem es wörtlich heißt:

„Im Aufsichtsrat sollen möglichst alle der Stadtvertretung Versmold angehörenden Fraktionen vertreten sein.“

Diesen Beschluss umzusetzen, wäre sicher möglich gewesen, zumal die CDU vier von elf Aufsichtsratssitzen innehat. Hintergrund des damaligen Beschlusses war, dass durch die Gründung der Krankenhaus GmbH die Sitzungen nun nicht mehr öffentlich waren und sind. Dadurch bekommen die BürgerInnen und auch die Ratsmitglieder nicht mehr alle Informationen, sondern erfahren nur noch das, was die Mitglieder des Ausschusses für richtig halten. Sie dürfen nur noch die Verluste mit ihren Steuern abdecken.

Aus diesem Grund sollten die BürgerInnen, die eine Fraktion in den Rat gewählt haben, wenigstens mit einer Person ihres Vertrauens im Aufsichtsrat der Krankenhaus GmbH vertreten sein.

Es stellt sich also grundsätzlich die Frage:

Ist es wirklich demokratisch, wenn eine öffentliche Einrichtung unter Ausschluss der Öffentlichkeit verwaltet wird, die Schulden aber von den BürgerInnen getragen werden müssen?

Mit freundlichen Grüßen

